Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7278**

18. Wahlperiode 15.01.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Roland Claus, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/6195 –

zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 18/6100 –

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2015

A. Problem

Forderung an die Bundesregierung, einen Aktionsplan zum gesellschaftspolitischen Zusammenwachsen vorzulegen, ein Programm zur Angleichung des Lohn- und Gehaltsniveaus auf den Weg zu bringen, einen Gesetzentwurf zur Angleichung der Rentenwerte vorzulegen, bei der Förderung strukturschwacher Regionen eine Gesetzesfolgenabschätzung vorzunehmen und einen Solidarpakt III aufzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 abzulehnen.

Berlin, den 11. November 2015

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer	**Annalena Baerbock**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Annalena Baerbock

I. Überweisung

Der Entschließungsantrag auf **Drucksache 18/6195** wurde in der 128. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Oktober 2015 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Sportausschuss, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE. stellt fest, dass

- der Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit die 40 Jahre währende deutsche Teilung lediglich aus der Perspektive der westdeutschen Entwicklung beleuchte,
- die Bundesregierung seit nunmehr bereits mehr als zwei Jahrzehnten nicht in der Lage sei, eine den Besonderheiten des Ostens angemessene Wirtschafts-, Regional- und Standortpolitik zu entwickeln,
- es ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall immer noch keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland gebe,
- der Jahresbericht keine Verbesserungsvorschläge zum Erreichen der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen deutschen Einheit enthalte und
- zum Beispiel im Rentenrecht noch Benachteiligungen der Ostdeutschen bestünden.

Aus diesen Gründen wird die Bundesregierung aufgefordert,

- einen Aktionsplan zum gesellschaftspolitischen Zusammenwachsen vorzulegen, der die Geschichte beider deutscher Staaten in einem produktiven wechselseitigen Zusammenhang betrachtet,
- ein Programm zur Angleichung des Lohn- und Gehaltsniveaus im Osten an das des Westens auf den Weg zu bringen,
- einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem der aktuelle Rentenwert (Ost) angeglichen wird,
- eine Gesetzesfolgenabschätzung vorzunehmen, die alle Vorhaben einer Prüfung ihrer Auswirkung auf Ostdeutschland und auf die strukturschwachen westdeutschen Gegenden unterzieht und
- eine langfristige Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West in Form eines Solidarpakts III sowie eine Beteiligungsquote für Ostdeutschland einzuführen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 39. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 75. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 60. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 62. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 57. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 51. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 47. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 52. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 67. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 48. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Tourismusausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 41. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 44. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 49. Sitzung am 11. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 18/6195 in seiner 55. Sitzung am 11. November 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** charakterisierte den Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2015 als Darstellung des Erfolgsweges der letzten 25 Jahre.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass der Bericht eindrucksvoll die Fortschritte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse darlege und würdigte die Anpassungsleistungen der beteiligten Menschen. Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. gebe wenige Antworten auf die noch bestehenden Probleme.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte, dass die Analyse im Bericht zwar realistisch ausfalle, aber bei den Schlussfolgerungen „Fehlanzeige“ zu vermelden sei. Der Entschließungsantrag fordere, die historischen Ursachen der deutschen Teilung tiefer zu beleuchten und die gesetzlichen Unterschiede bei der Anerkennung der Lebensleistung Ost und West bei den Renten abzubauen. Die Fraktion forderte, die besonderen Transformationserfahrungen in Ostdeutschland bundesweit besser zu nutzen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemängelte, dass der Bericht zwar viel Statistik betreibe, zukünftig aber mehr politische Schlussfolgerungen ableiten solle. Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. sei allerdings in Teilen widersprüchlich. Die Bewältigung der Probleme im Osten dürfe nicht mit den Herausforderungen in der Migrationsfrage vermischt werden. Aus diesem Grunde werde sich die Fraktion bei der Abstimmung zu dem Entschließungsantrag enthalten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 18/6195 zu empfehlen.

Berlin, den 11. November 2015

Annalena Baerbock
Berichterstatterin



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333